

## Beschlussauszug

aus der

21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses gemeinsam mit der 16. Sitzung des  
Ausschuss für Soziales, Wohnen und Senioren  
vom 03.06.2019

---

### **Ö 5.1 Erläuterung der Verwaltung zu den aktuellen konzeptionellen Überlegungen**

Frau Schulte erläutert anhand der als Anlage 2 beigefügten Power-Point-Präsentation die Vorstellungen der Verwaltung zur Weiterentwicklung der Präventionsarbeit in der Hansestadt Buxtehude. Unter dem Motto „Teilhabe ermöglichen- Vielfalt leben“ ist grundsätzliche Zielsetzung der Präventionsarbeit, soziale, politische, kulturelle und ökonomische Teilhabe für möglichst alle Buxtehuder zu fördern. Hierbei sind die Menschen individuell hinsichtlich ihrer Bedarfslagen zu betrachten und nicht aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Zudem soll über die Zugrundelegung der globalen Nachhaltigkeitsziele eine erweiterte Betrachtung erfolgen, die auch die Behandlung der Themenfelder als Querschnittsaufgabe unterstützt.

Der Weiterentwicklung liegt zunächst das Lebensphasenmodell zugrunde, wodurch sich unterschiedliche Übergangsgestaltungen und auch differente Familiensituationen ergeben. Darüber hinaus sollen vor dem Hintergrund der individuellen Betrachtung unterschiedliche Aspekte, wie kulturelle Herkunft, sozioökonomische Herkunft, Geschlecht oder auch Beeinträchtigung bei der Formulierung der Bedarfslagen und Ausgestaltung der Angebote Berücksichtigung finden. Hinsichtlich der Themenfelder wird vorgeschlagen, die Bereiche „Sicheres Leben“, „Medien / Digitalisierung“ und „Gesundheitsbildung“ festzulegen.

Um das Gesamtsystem zu verdeutlichen, erklärt Frau Schulte anhand eines Angebotes aus dem Bereich der Gewaltprävention die vorgesehene Betrachtungsweise. Deutlich ist hierdurch geworden, dass insbesondere die Betrachtung auf der Grundlage der Aspekte zur Optimierung von Angeboten dient.

Dem Präventionsrat wurden die Überlegungen in seiner Sitzung am 18.03.2019 vorgestellt. Dieser hat die Überlegungen grundsätzlich befürwortet, sieht aber noch Konkretisierungsbedarf im Bereich der Handlungsfelder. Insbesondere die Thematik „Bildung“ ist aus Sicht der Präventionsratsmitglieder noch nicht ausreichend abgedeckt. Zudem wird das Erfordernis gesehen, Vernetzungsstrukturen, auch innerhalb der Verwaltung, noch verstärkt aufzubauen oder weiterzuentwickeln und auch die Rolle der Akteure zu klären.

Im Anschluss erläutert Frau Lange-Reichardt die Überlegungen zur organisatorischen Umsetzung. Vor dem Hintergrund der fachgruppenübergreifenden Betrachtung und Arbeitsweise ist vorgesehen, eine übergeordnete Koordination in Person von Frau Schulte zu implementieren. In Abstimmung mit den Fachgruppenleitungen des Fachbereichs 2 als Steuerungsgruppe, organisiert die Präventionskoordination die gesamte städtische Präventionsarbeit. Dieses erfolgt unter Hinzuziehung von Beteiligten aus den Fachgruppen der gesamten Verwaltung, wie die Fachgruppe Soziales, Wohnen und Senioren, die VHS, die Fachgruppe Kultur und Tourismus( Stadtbibliothek) aber auch die Klimamanagerin der Fachgruppe Stadtplanung. Zudem steuert sie die bestehenden Arbeitskreise und baut ggfs bedarfsgerecht weitere Arbeitskreise auf. Grundsätzlich strebt die Verwaltung an, die Arbeitskreissitzungen deutlich häufiger stattfinden zu lassen, um insbesondere dem Ansatz der bedarfsgerechten Ausgestaltung nachkommen zu können.

Auf Nachfrage, ob aus Sicht der Verwaltung eine Integrationskoordinatorin zukünftig erforderlich ist, erläutert Frau Oldenburg-Schmidt, dass wir aufgrund unserer langjährigen Erfahrung eine umfangreiche Expertise in der Verwaltung haben. Aus ihrer Sicht gilt es, eine Entlastung und Unterstützung des Systems vorzunehmen und zudem die Arbeitskreise verstärkt miteinzubeziehen. Aus ihrer Sicht ist eine Integrationskoordinatorin nicht erforderlich.